

# Fracking-Verbot lässt Ausnahmen zu

## Bundesregierung präsentiert Pläne zur Schiefergas-Förderung in Deutschland

Von Hannes Koch

WAZ v. 05.07.14

**Berlin.** Die Erdgasförderung mittels der Fracking-Methode soll in Deutschland teilweise verboten werden. Darauf haben sich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (beide SPD) geeinigt: „Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas wird es zu wirtschaftlichen Zwecken auf absehbare Zeit in Deutschland nicht geben.“ NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) kritisierte den Vorschlag als „Mogelpackung“, weil er bestimmte Frackingvorhaben ermöglichte. An Rhein und Ruhr gilt gegenwärtig ein kompletter Genehmigungsstopp für die umstrittene Fördermethode.

Fracking ist ein Verfahren, bei dem Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in den Untergrund gepresst werden, damit durch kleine Risse Erdgas an die Oberfläche steigt. In den USA hat diese Förderung stark zugenommen, der Gaspreis ist gesunken. Hendricks und Gabriel schlagen für Deutschland eine Doppelstrategie vor. Das sogenannte unkonventionelle Fracking bis zu

**„Die Bundesregierung legt eine Mogelpackung vor.“**

**Johannes Remmel,**  
NRW-Umweltminister (Grüne)



**Im niedersächsischen Lüne hat der Energiekonzern Exxon-Mobil schon in der Vergangenheit Bohrungen nach Erdgas durchgeführt.**

FOTO: INGO WAGNER/DPA

3000 Meter Tiefe wollen sie zunächst verbieten. Als Ausnahme können in diesem Bereich nur Forschungsvorhaben zugelassen werden, etwa um umweltfreundlichere Chemikalien auszuprobieren. Diese Regelung sollen Regierung, Bundestag und Bundesrat 2021 überprüfen. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums wäre damit Fracking in Gesteinsschichten bis zu 3000 Meter, wie es in den USA praktiziert wird, hierzulande vorläufig unmöglich.

Davon unterscheiden Hendricks und Gabriel das sogenannte konventionelle Fracking in tieferen Gesteinsschichten, beispielsweise auf 4000 oder 5000 Meter Tiefe. Laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ist dieses mehr oder weniger ungefährlich. Die beiden Minister wollen solche Vorhaben weiterhin ermöglichen, allerdings unter schärferen Umweltauflagen. Verboten werden soll außerdem „jegliches Fracking“ in Trinkwasser- und Naturschutzge-

bieten, sowie „Einzugsbereichen von Talsperren und Seen“.

In NRW gebe es mindestens zwei potenzielle Fördergebiete in tieferer Lage, heißt es bei den Grünen. So wird unkonventionelles Erdgas am südlichen Niederrhein in Tiefenlagen zwischen 1000 und 5000 Meter vermutet und in Teilen des Münsterlandes in Lagen zwischen 1500 bis 4500 Metern.

### Unternehmen hat Pläne für NRW

Förderunternehmen wie die BASF-Tochter Wintershall argumentieren, dass Fracking in tiefen Gesteinsschichten seit etwa 50 Jahren auch in Deutschland ohne Umweltprobleme stattfinde, vor allem in Niedersachsen. Nun hofft das Unternehmen auf Kompromissbereitschaft der NRW-Landesregierung. „Wintershall plant in NRW wissenschaftlich begleitete geologische Erkundungen, die laut dem vorgelegten Eckpapier bundesweit möglich sein sollen“, sagte Firmensprecher Stefan Leunig gegenüber dieser Zeitung. Es wäre schön, wenn auch NRW solche Vorhaben nun genehmigen würde, so Leunig.

NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD) erklärte erneut, solange sie an Rhein und Ruhr Ministerpräsidentin sei, „wird es hier kein Fracking für die unkonventionelle Erdgasförderung geben“.

Mit der Union haben Hendricks und Gabriel ihr Vorhaben noch nicht abgestimmt. Nach der Sommerpause wollen sie es im Kabinett beschließen lassen. **Kommentar**

### KOMMENTAR

Von Ulf Meinke



## Zum Fracking sind noch Fragen offen

**L**assen wir uns nicht in die Irre führen. Ein Verbot mit Ausnahmen ist natürlich kein Verbot. Als würden Eltern ihrem Kind sagen, Süßigkeiten sind heute Abend tabu, aber Schokolade darfst du essen – ausnahmsweise. Wenn Wirtschaftsminister Gabriel und Umweltministerin Hendricks nun also erklären, Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas werde es in Deutschland zu wirtschaftlichen Zwecken auf absehbare Zeit nicht geben, dann heißt das übersetzt: Zuerst wird die Fördermethode erprobt – und später könnte Fracking in größerem Stil folgen.

Fracking – das Aufbrechen rohstoffreicher Gesteinsschichten tief unter dem Erdboden – ist zu Recht umstritten. Chemikalien, die bei der Gasförderung zum Einsatz kommen, könnten das Grundwasser verunreinigen. Entsprechend streng müssen die Umweltauflagen sein. Richtig ist aber auch, dass Deutschland den Rohstoff Gas dringend benötigt. Die Abhängigkeit von Russland ist groß. Keine Frage: Erst wenn die Risiken für Mensch und Natur absolut beherrschbar sind, sollte es Gas-Fracking in Deutschland geben. Soweit ist es noch lange nicht – und ob es je so sein wird, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Klar ist nur: Das letzte Wort in Sachen Fracking ist längst nicht gesprochen.